

Im (noch) aktuellen Rot-Grün-Roten Koalitionsvertrag steht: *"Die Koalition wird den Rück- und Umbau überdimensionierter Relikte der autozentrierten Stadt weiter vorantreiben, indem für Projekte wie den Rückbau der Breitenbachplatzbrücke / Tunnel Schlangenbader Straße mit konkreten Planungen begonnen wird und weitere Projekte, wie beispielsweise der Umbau des Bundesplatzes, identifiziert und zur Umsetzung gebracht werden. Die Koalition wird zivilgesellschaftliche Expertise in die Gestaltung der Verkehrswende mit etablierten wie neuen Ansätzen und Akteuren einbeziehen."*

Ich stehe voll und ganz hinter diesen Zielen, für deren Verankerung im Koalitionsvertrag ich mich selber mit stark gemacht habe. Im Prinzip ist mit dem Satz alles wesentliche ausgedrückt. Ich bin mir sicher, dass die Entwicklung zu mehr Rück- und Umbau der autozentrierten Stadt nicht mehr aufzuhalten ist, unabhängig davon, wer nach dem 12. Februar 2023 Berlin regieren wird. Die Frage ist, wann passiert es und wie, also mit welcher Intensität ändert sich was in welchem Zeitraum? Sollte ich Abgeordnete bleiben, vertrete ich weiterhin die Ziele und Interessen der Initiative Bundesplatz. Im Rückblick muss ich leider auch kritisch anmerken, wie zäh, dauerhaft und oft auch schwierig solche Veränderungsprozesse sind, unabhängig davon, ob es sich um größere oder kleinere, lang- oder kurzfristige Angelegenheiten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Bundesplatzes handelt. Ich erinnere beispielhaft an die verkehrlichen Maßnahmen wie die Überquerung Tübinger/ Mainzer Straße oder die "intelligente" Beleuchtung unterm S-Bundesplatz. Die zweistufige Berliner Verwaltung macht es uns oft nicht einfach. Hier muss sich ebenso endlich was ändern, das ewige taktische Ping-Pong zwischen der Verwaltung, weil Zuständigkeiten und Verantwortungen nicht eindeutig sind, sind nicht zeitgemäß und gehören abgeschafft. Um voranzukommen, sollten sich alle "Player" einig im Ziel sein, was Stand heute erfreulicherweise der Fall ist. Insbesondere bei einer neuen Regierungskonstellation resp. anderen Koalitionspartner:innen sollte das sehr rasch ausgelotet werden und schließlich auch in einem neuen (?) Koalitionsvertrag einfließen. Wenn ich die Möglichkeit habe, werde ich weiter darauf achten. Außerdem sollte nach der Wahl eine gemeinsame Strategie der Beteiligten (insb. mit haushaltsgesetzgebenden Abgeordneten) erarbeitet werden, wie der Prozess stärker voranzubringen ist. Einzubinden sind weiter bezirkliche Verkehrspolitik:innen der BVV, das Bezirksamt und nicht zuletzt die zuständige Hauptverwaltung. Nur so kann Zug in die Sache kommen. Grundsätzlich wäre es gut, da blicke ich ein wenig selbstkritisch zurück, wenn Koa-Partner mehr als bisher gemeinsam an einem Strang ziehen würden, - sowohl mit Blick auf gemeinsame parlamentarische Initiativen als auch Haushaltsmitteln (resp. Öffentlichkeitsarbeit). Klar ist auch, dass der Bundesplatz kein "monolithischer Block" ist, Entwicklungen müssen stets ganzheitlich mit umliegenden Plätzen und Stadtteilen etc. gedacht, geplant und verändert werden.

Es geht am Bundesplatz et al. um mehr als Verkehrswende, das wissen wir, die sich mit dem Bundesplatz und seiner Umgebung befassen. Es geht um Lärm- und Umweltschutz, um lebenswerte Kieze und letztlich um die Anliegen aller Verkehrsteilnehmenden, die sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben, die es möglichst in Übereinstimmung mit der Regierungspolitik zu bringen gilt. Bei den Rad- und Fußwegen sind die Qualitätsstandards des Mobilitätsgesetzes umzusetzen, darauf muss geachtet werden. Darüber hinaus würde ich es sehr begrüßen, dass die BI mit Blick auf die bundesweite Strahlkraft des Bundesplatzes die Berliner Bundestagsabgeordneten gleichermaßen mit einbezieht, um die Thematik weiter publik zu machen (insb. die Haushalts-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik:innen). Sie sollten vor allem bei der dritten Frage, bei dem Modellprojekt, eingebunden werden. Für Gespräche SPD-seitig stehe ich gerne zur Verfügung. Und natürlich sollte so ein Bekenntnis von (künftigen) Regierungsverantwortlichen ausgesprochen und unterstrichen werden, damit es kein Lippenbekenntnis bleibt. Eine politische Orientierung "von oben" ist hilfreich, damit der Prozess beschleunigt wird. Daher ist es gut, dass die BI Bundesplatz ebenso Frau Giffey und Frau Jarasch um Ihre Einschätzung gefragt haben.

Zu den drei Fragen habt Ihr meinerseits die volle Zustimmung bzw. teile ich die Einschätzungen. Gerade bei Frage 1 (Zuschüttung Tunnel) scheiden sich die Geister, das ist mir bewusst, das höre ich auch immer wieder von Gesprächspartner:innen. Die Ebenen (Bezirk - Land - Bund) müssen gemeinsam an einem Ziel arbeiten und sie mit den Bürger:innen, ohne die geht es nicht, umsetzen. Von temporären "Testungen" und Pilotprojekten halte ich viel, denn nur so erfährt man mehr über "wünschenswerte" Ergebnisse, aber etwa auch über Effekte, die man bislang nicht im Blick hatte. Es ist umso wichtiger, dass entscheidende Ebenen sich einig sind und gemeinsam an einem Strang ziehen, damit der Prozess vorankommt. Zur 2. Frage gilt für mich das, was im aktuellen Koa-Vertrag verankert ist. Das sollte auch nach der Wiederholungswahl gelten, egal in welcher Konstellation. Die im Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr enthaltenen Maßnahmen zur Dämpfung des Quell- und Zielverkehrs in die City West sollten endlich zügig umgesetzt werden. Das gilt ebenso für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in der westlichen Innenstadt. Dabei sind dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf die notwendigen Personalressourcen (z.B. für die Überwachungskräfte) für das Bezirksamt sicherzustellen. Der Bundesplatz braucht endlich ein stadtplanerisches Konzept zur Wiederherstellung seiner urbanen Qualitäten wie sie vor dem Bau der Stadtautobahn bestanden hat - sowohl des Platzes als auch seiner Umgebung. Im Falle meiner Wiederwahl, also dort, wo ich Einfluss habe, werde ich darauf achten, dass der Bundesplatz in diesem Sinne in einer möglichen neuen politischen Verabredung auf der Landesebene berücksichtigt wird. Als Haushälterin werde ich mich zu allen Anliegen der drei Fragen stark machen, damit die o.a. haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden und werde ebenso parlamentarische Initiativen mit anregen.

Becker Alles in allem, vieles geht dann, wenn sich die Beteiligten im Ziel einig sind und gemeinsam und konzentriert an Wegen zur Lösung arbeiten. Es sind m.E. nicht die Erkenntnisse, die am Bundesplatz fehlen, sondern das gemeinsame und mutige Vorgehen und Ändern. Dafür will ich meinen Beitrag leisten.

Lieben Gruß,  
Franziska